



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Liberale Demokratien können durch Krisen, Polarisierung und Führungsschwäche unter Druck geraten, ohne dass dies einfach mit Zusammenbrüchen in der Vergangenheit gleichzusetzen ist. „Faschisierung“ kann als schleichender Prozess aus der Mitte der Gesellschaft entstehen, wenn Krisen falsch gedeutet und Sündenböcke konstruiert werden. Vor einem ungenauen Gebrauch des Begriffs Faschismus wird gewarnt. Die Stabilität der Demokratie hängt von funktionierenden Institutionen und kluger politischer Führung ab.
 - › Der in westlichen Gesellschaften weiter zunehmende Antisemitismus stellt ein tief verankertes und vielfältiges Problem dar, das Politik, Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam bekämpfen müssen.
- Antisemitismus wird häufig relativiert oder im Kontext politischer Debatten, etwa zum Nahostkonflikt, verzerrt dargestellt. Eine differenzierte historische Aufarbeitung sowie eine klare Erinnerungskultur sind nötig, um demokratische Werte und jüdisches Leben nachhaltig zu schützen.
- › Die Sicherheitsordnung Europas verändert sich durch die abnehmende Verlässlichkeit der USA und deren strategische Neuausrichtung grundlegend, wodurch die NATO immer weiter unter Druck gerät. Europa muss stärker eigenständig für seine Sicherheit sorgen und militärische Fähigkeiten ausbauen. Geopolitische Konflikte und der Rückgang diplomatischer Praktiken erfordern einen Plan B.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Liberale Demokratie und politische Mitte	2
In der Debatte: Antisemitismus und Erinnerungskultur	5
In der Debatte: Europas Sicherheit und die Zukunft der NATO.....	10
Rezensionen	13
Impressum.....	18

In der Debatte: Liberale Demokratie und politische Mitte

Manfred Berg macht im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*¹ deutlich, die verbreitete Vorstellung, das amerikanische System der „Checks and Balances“ habe stets zuverlässig funktioniert, sei ein Mythos. Vielmehr habe es bereits in der Vergangenheit schwere Krisen gegeben, insbesondere den Bürgerkrieg, dem eine starke gesellschaftliche Polarisierung vorausgegangen sei, die in gewisser Weise Parallelen zur Gegenwart erkennen lasse. Zwar wiederhole sich Geschichte nicht, doch werde unter Historikern diskutiert, ob die USA erneut an einem kritischen Punkt stünden. Die USA seien historisch von Gewalt und Konflikten geprägt gewesen, auch im politischen Bereich. Die Demokratie habe sich von Beginn an widersprüchlich entwickelt, da Freiheit und Gleichheit zunächst nur für weiße, besitzende Männer gegolten hätten, während etwa die Sklaverei lange fortbestanden habe. Zugleich sei die amerikanische Verfassung zwar ein bedeutendes politisches Werk, erscheine heute jedoch zunehmend reformunfähig und trage zur Dysfunktionalität des Systems bei, wodurch die Macht des Präsidenten stetig gewachsen sei. Die politische Polarisierung habe sich im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts erheblich verschärft. Während es zeitweise einen überparteilichen Konsens gegeben habe, hätten gesellschaftliche Umbrüche wie die Bürgerrechtsbewegung, wirtschaftliche Veränderungen und Migration neue Konflikte erzeugt, insbesondere in Fragen von Identität und kulturellen Werten. Diese Entwicklungen hätten maßgeblich zur heutigen ideologischen Spaltung beigetragen. Donald Trump sei nicht als Ausnahme, sondern als Ausdruck dieser längerfristigen Entwicklungen zu sehen. Seine Präsidentschaft habe bestehende Tendenzen verstärkt und die Demokratie weiter unter Druck gesetzt. Solange die tief liegende gesellschaftliche Polarisierung fortbestehe, könne somit die Gefahr bestehen, dass die Instabilität des politischen Systems Bestand habe.

Robin Celikates und *Rahel Jaeggi* setzen sich bei *Zeit online*² mit der Debatte um den Begriff „Faschismus“ auseinander und betonen, dass dessen Verwendung nicht bloß polemisch, sondern auch analytisch möglich sei. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff sei notwendig, um gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen verstehen zu können. Zentral sei dabei die Idee der „Faschisierung“ als schleichender Prozess. Dieser entstehe nicht nur an den politischen Rändern, sondern entwickle sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus und werde durch verschiedene Krisen verstärkt. Dazu zählten etwa wirtschaftliche Unsicherheiten, Probleme der öffentlichen Infrastruktur, politische Spannungen sowie globale Herausforderungen wie Migration oder ökologische Krisen. Solche Krisen würden oft falsch gedeutet werden und, anstatt strukturelle Ursachen anzugehen, würden bestimmte Gruppen als Sündenböcke markiert, was zu Ausgrenzung, Entrechtung und zunehmender gesellschaftlicher Spaltung führe. Diese Dynamik sei ein sich selbst verstärkender Prozess. Die scheinbaren Lösungen, die ausgren-

¹ Marc Tribelhorn, „Die amerikanische Politik war schon immer ziemlich korrupt“. Fragen an den Historiker Manfred Berg, NZZ, 5.5.2026.

² Robin Celikates/Rahel Jaeggi, Wie Demokratien zu menschenfeindlichen Regimen werden, Die Zeit online, 11.5.2026.

zende oder autoritäre Maßnahmen versprechen würden, verschärften die zugrunde liegenden Probleme weiter. Dabei würden demokratische Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz schrittweise untergraben. „Faschisierung“ zeige sich somit nicht unbedingt sofort in einer offenen Diktatur, sondern in einer Entwicklung, bei der demokratische Strukturen formal bestehen blieben, während gleichzeitig autoritäre Praktiken zunähmen. In Zeiten, in denen gesellschaftliche Probleme als unlösbar erscheinen würden, steige die Anfälligkeit für einfache, aber gefährliche Deutungen und Lösungen. Daher sei es geboten, die Prozesse und Ursachen solcher Entwicklungen präzise zu analysieren, anstatt den Begriff „Faschismus“ vorschnell als bloßes politisches Schlagwort abzutun. Nur durch ein differenziertes Verständnis der zugrunde liegenden Dynamiken könne verhindert werden, dass demokratische Gesellschaften weiter in autoritäre und menschenfeindliche Strukturen abgleiten würden.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*³ geht Jörn Leonhard der Frage nach, welche Lehren man mit Blick auf die Zwischenkriegszeit ziehen könne und plädiert für historischen Realismus. Zwar befinde sich die liberale Demokratie weltweit in einer ernsthaften Krise und autoritäre wie hybride Regime seien auf dem Vormarsch, doch lasse sich Geschichte nicht als lineare Niedergangserzählung verstehen. Demokratische Entwicklungen vollzögen sich in Wellen, und erst im Rückblick werde erkennbar, ob ein Umbruch tatsächlich eine historische Zäsur darstelle. Historische Analogien – etwa zu den 1920er- und 1930er-Jahren – seien sinnvoll, solange sie differenziert angewandt würden. Entscheidend sei, dass viele der Bedingungen, die damals zum Scheitern junger Demokratien beitrugen, heute fehlten: Es gebe keine globale Wirtschaftskatastrophe vergleichbaren Ausmaßes, keine paramilitärischen Massenbewegungen und keine grundlegende Legitimationskrise zentraler Institutionen. Mit Blick auf Deutschland sollte man nicht von „Weimarer Verhältnissen“ sprechen. Zwar gebe es eine Erosion der Volksparteien und eine stärkere Fragmentierung des Parteiensystems, doch seien Verfassung, Föderalismus, Sicherheitsapparate und Elitenverhalten stabil. Die AfD sei nicht mit der NSDAP gleichzusetzen, werde aber zu Recht als in Teilen völkisch und rechtsextremistisch charakterisiert. Aus der Geschichte der Weimarer Republik ergebe sich die klare Lehre, dass extreme Kräfte durch Regierungseinbindung nicht domestiziert werden könnten. Da ein Parteiverbot der AfD einen Märtyrerstatus verleihen könne, müsse sie politisch gestellt werden, wobei die parteipolitische „Brandmauer“ historisch gut begründet sei. Auch vor einem inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs müsse gewarnt werden. Wenn alles als faschistisch bezeichnet werde, verliere der Begriff seine analytische Schärfe. Produktiver sei es, von Prozessen der „Faschisierung“ zu sprechen. In den USA gebe es einen Vertrauensverlust in die demokratischen Kontrollmechanismen der „Checks and Balances“, allerdings erschwere die erratische, wenig stringente Politik des Präsidenten einfache historische Deutungsmuster und widerstrebe der Suche nach Logik. Insgesamt werde die Demokratie vor allem durch starke Institutionen, erlebbare Beteiligung und die Fähigkeit zu glaubwürdigen Kompromissen geschützt. Trotz aller Gefahren sei die historische Erfahrung heute größer als in früheren Krisenzeiten, was ein Grund für vorsichtigen, aber begründeten Optimismus sei.

Im *Handelsblatt*⁴ stellt Torsten Riecke fest, liberale Demokratien litten derzeit weniger an einem Mangel an Unterstützung als an einem Mangel an überzeugender Führung. Führende Politiker der liberalen Mitte erschienen geschwächt, unpopulär oder handlungsunfähig und verschafften dadurch rechtspopulistischen Kräften Raum. Der Aufstieg von Parteien wie Reform UK, der AfD oder des Rassemblement National sei kein Zufall, sondern Ausdruck eines Führungsdefizits im politischen Zentrum. Im globalen Vergleich wirkten autokratische Politi-

³ Marc Tribelhorn, „Bürgerliche Anbiederung scheiterte meist“. Fragen an den Historiker Jörn Leonhard, NZZ, 22.4.2026.

⁴ Torsten Riecke, Schwache Demokraten, starke Autokraten, Die Welt, 24.4.2026.

ker wie Donald Trump, Wladimir Putin oder Xi Jinping gerade deshalb stark, weil ihnen schwache demokratische Personen gegenüberstünden. In Europa spreche man bereits von einem Führungsvakuum, das durch langsame Entscheidungsprozesse, fehlende Koordination und technokratisches Denken verstärkt werde. Angesichts tiefgreifender Krisen – von Kriegen über Energie- und Wirtschaftskonflikten bis hin zum technologischem Umbruch – sehnten sich viele Menschen nach Orientierung und Führung. Fehlten diese in der politischen Mitte, so folgten viele zunehmend populistischen Verführern, die einfache Antworten versprächen. Die größte Schwäche liberaler Politiker bestehe darin, sich dieser ideologischen Herausforderung nicht leidenschaftlich genug anzunehmen. Statt sich weiterhin als nüchterne Manager eines bestehenden Systems zu verstehen, müssten sie für einen erneuerten Liberalismus kämpfen, der sozialen Zusammenhalt sichere und individuelle Entfaltung ermögliche.

Michael Sommer konstatiert in der *Welt*⁵, der heutige „Linksliberalismus“ klinge zwar attraktiv, sei inhaltlich jedoch kaum noch liberal im klassischen Sinn. Historisch habe der Liberalismus bei Denkern wie John Locke und John Stuart Mill auf der Skepsis gegenüber einem starken Staat und auf der Idee negativer Freiheit beruht. Erst im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts sei dieses Verständnis insbesondere im anglo-amerikanischen Raum erweitert worden, indem dem Staat eine Rolle bei der Ermöglichung von Chancen und sozialer Sicherheit zugeschrieben worden sei. In Deutschland habe der Liberalismus von Beginn an unterschiedliche, teils widersprüchliche Ausprägungen besessen, die sich auch in der Geschichte der FDP widerspiegeln. Spätestens mit dem sozialliberalen und egalitären Liberalismus, etwa unter dem Einfluss von John Rawls, sei Freiheit zunehmend mit Gleichstellung und Umverteilung verbunden worden. Die historische Kernidee des Liberalismus – die Skepsis gegenüber einem mächtigen Staat – sei weitgehend aufgegeben worden. Wer sich heute linksliberal nenne, sei vor allem links und auf einen starken Staat angewiesen. Der genuin staats skeptische Liberalismus habe in der deutschen Parteienlandschaft kaum noch einen Ort, die Union, so scheine es, sei „die letzte Hoffnung für freie Geister“.

Im Gespräch mit dem *Spiegel*⁶ erläutert *Albrecht Koschorke*, dass der Liberalismus im frühen 19. Jahrhundert als eine von Fortschrittsglauben getragene Bewegung entstanden sei, die Gleichheit, individuelle Freiheit und den Rechtsstaat habe verwirklichen wollen. Dieses Denken habe auf der Vorstellung eines offenen Zukunftshorizonts beruht, in dem sich gesellschaftliche Widersprüche durch Bildung, Wohlstand und Entwicklung allmählich auflösen würden. In der Gegenwart jedoch erscheine dieses Zukunftsversprechen zunehmend in Frage gestellt, da Krisen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheiten den Fortschrittsoptimismus verdunkelten und ein Gefühl der Stagnation erzeugten. Gleichzeitig würden grundlegende Spannungen des Liberalismus – insbesondere zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Ungleichheit – stärker hervortreten, während neue Monopolisierungstendenzen, etwa im Bereich der Technologie, diese Balance zusätzlich gefährdeten. Mediale Umbrüche erschütterten zudem etablierte Formen politischer Repräsentation und Öffentlichkeit, indem sie traditionelle Deutungshoheiten schwächten und zu einer Vielzahl gleichzeitiger Stimmen führten. Der Liberalismus befinde sich in einer Krise, da sein früherer Fortschrittsglaube erodiere und neue Antworten auf die Frage gesucht werden müssten, wie in einer komplexen, vielfach fragmentierten Welt politische Einheit und Stabilität hergestellt werden könnten.

Hannah Bethke argumentiert in der *Welt*⁷, die verbreitete Sorge um die Demokratie belege eher ihre Stabilität als ihren Verfall. Der zentrale Streit entzündete sich weniger an der Ablehnung demokratischer Prinzipien als an der Frage, wie Demokratie verwirklicht und geschützt

⁵ Michael Sommer, Die verwaiste Idee der Freiheit, *Die Welt*, 21.4.2026.

⁶ Tobias Rapp/Andreas Bernard, „Der Gestus der Reform hat sich verbraucht“. Fragen an den Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke, Autor des Buches „Souveränität der Vernunft. Die kulturellen Anfänge des Liberalismus“, *Der Spiegel*, 15.5.2026.

⁷ Hannah Bethke, Trägheit vergiftet die Demokratie, *Die Welt*, 23.4.2026.

werden könnte. Gerade weil es in der Gesellschaft viele Menschen gebe, die sich aktiv für demokratische Grundwerte einsetzen und um deren Erhalt ringen würden, verböten sich alarmistische Vergleiche mit der Weimarer Republik. Besonders deutlich werde dies beim Thema Wissenschaftsfreiheit. Während die AfD eine linke Hegemonie an Hochschulen beklage und damit eine Gefährdung des offenen Diskurses sehen würde, sähen ihre Gegner die Freiheit der Wissenschaft vor allem durch die AfD selbst bedroht. Beide Positionen griffen jedoch zu kurz, da die Wissenschaftsfreiheit rechtlich gesichert sei. Kritik an linken Dominanzen im akademischen Milieu dürften aber auch nicht pauschal als rechte Propaganda abgetan werden. Solche politischen und ideologischen Schlagseiten existierten tatsächlich und müssten kritisch diskutiert werden. Phänomene wie Genderdiskurse, Cancel Culture oder postkoloniale Ansätze seien reale Bestandteile universitärer Praxis und beeinflussten Forschung und Lehre. Diese Strömungen könnten kritisch hinterfragt oder abgelehnt werden, ohne dass ihre Existenz verboten werde und genau darin liege der Unterschied zwischen legitimer konservativer Kritik und antidemokratischer Instrumentalisierung. Die AfD vermische allerdings reale Probleme des Wissenschaftsbetriebs mit unbelegten Behauptungen politischer Ausgrenzung. Wer es ernst mit der Demokratie meine, müsse diese Spannungen nüchtern analysieren und geistige Bequemlichkeit überwinden.

Ronen Steinke macht in der *Süddeutschen Zeitung*⁸ deutlich, dass die Weimarer Republik über deutlich strengere Mittel verfügt habe, um gegen Demokratiefeinde vorzugehen als die heutige Bundesrepublik. Parteien, Zeitungen und Demonstrationen hätten damals relativ leicht verboten werden können. Im Gegensatz dazu sei das Grundgesetz bewusst zurückhaltender, etwa durch das Bundesverfassungsgericht als einzige Instanz für Parteiverbote. Diese Zurückhaltung ergebe sich aus historischen Erfahrungen, in Weimar, aber auch später in der Bundesrepublik, seien solche Maßnahmen teils missbraucht worden und hätten auch demokratische Kräfte getroffen. Aktuelle Entwicklungen zeigten, dass staatliche Eingriffe weiterhin ausgeweitet würden, etwa durch den Verfassungsschutz. Das sei zwar legal, berge aber Risiken für die liberale Demokratie, da es Misstrauen in der Gesellschaft fördern könne. Die zentrale Herausforderung bleibe daher, die Demokratie zu schützen, ohne selbst illiberal zu handeln.

In der Debatte: Antisemitismus und Erinnerungskultur

Stephan-Andreas Casdorff weist im *Tagesspiegel*⁹ darauf hin, dass die zunehmende Unsicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland kein Randphänomen darstelle, sondern auf ein aktuelles politisches und moralisches Versagen der Mehrheitsgesellschaft hinweise. Antisemitische Vorfälle seien weder neu noch einfache Reaktionen auf internationale Konflikte, sondern Ausdruck eines tief verankerten Problems, das sich immer wieder neuen Ausdrucksformen und Milieus anpasse. Jede Relativierung, etwa durch Verweise auf vermeintlich verständliche Emotionen, trage zur Normalisierung von Antisemitismus bei und müsse entschieden zurückgewiesen werden. Der Staat trage eine zentrale Verantwortung, jüdisches Leben verlässlich und sichtbar zu schützen. Sicherheitsmaßnahmen dürften keine Ausnahme bleiben, sondern müssten als Selbstverständlichkeit organisiert werden, unterstützt durch eine handlungsfähige Polizei und eine konsequente Justiz. Ebenso bedeutsam sei die politische Bildung, die Antisemitismus nicht nur historisch einordnen, sondern auch in seinen gegenwärtigen Formen, etwa in sozialen Medien oder Verschwörungsnarrativen, erkennen und bekämpfen müsse. Ebenso wichtig sei eine wachsame Zivilgesellschaft, die antisemitischer Gewalt und Hetze nicht schweigend begegne. Das Ausbleiben öffentlicher Empörung trage

⁸ Ronen Steinke, Liberal bleiben, SZ, 21.5.2026.

⁹ Stephan-Andreas Casdorff, Antisemitismus – Eine gefährliche Gewöhnung, Der Tagesspiegel, 4.5.2026.

zur Normalisierung des Untragbaren bei. Antisemitismus sei kein Problem „der anderen“, sondern betreffe den Zustand des gesamten Landes: Fühlten sich jüdische Bürger nicht sicher, so sei auch die demokratische Stabilität der Republik insgesamt infrage gestellt.

Gideon Böss merkt in der *Welt*¹⁰ an, die Frage nach der Herkunft sei im „woken“ Diskurs zu Unrecht als rassistisch problematisiert worden, wodurch alltägliche Kommunikation bewusst skandalisiert und gesellschaftliche Spannungen verschärft würden. Dies diene dazu, Misstrauen zwischen verschiedenen Gruppen zu fördern und eine Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Diese Haltung allerdings sei widersprüchlich, da ähnliche Fragen im Kontext von Israel von denselben Akteuren akzeptiert oder sogar begrüßt würden, sofern sie dazu beitragen, Israel zu delegitimieren. Daraus werde ersichtlich, dass nicht feste moralische Maßstäbe, sondern politische Zielsetzungen entscheidend seien. Die „woke“ Bewegung verhalte sich gegenüber Israel und dem Judentum besonders kritisch bis feindlich und messe hier mit anderen Maßstäben als in anderen Kontexten. Dies äußere sich unter anderem darin, dass historische Ansprüche relativiert, Vorwürfe wie Kolonialismus erhoben und Gewalt einseitig bewertet würden. Diese Entwicklungen hätten bereits zu einer zunehmenden Normalisierung von Antisemitismus und gesellschaftlicher Radikalisierung beigetragen. Verschiedene politische Kräfte würden davon profitieren, während grundlegende Prinzipien liberaler Gesellschaften zunehmend unter Druck gerieten, was langfristig deren Stabilität gefährden könne.

Im Gespräch mit der *Welt am Sonntag*¹¹ stellt Josef Schuster fest, der Antisemitismus in Deutschland stamme heute aus verschiedenen Quellen – aus rechtsextremen, linken und islamistischen Milieus –, wobei gerade dieses Zusammenwirken die Lage besonders besorgniserregend erscheinen lasse. Die Zuwanderung habe dabei indirekt zur Verschärfung beigetragen, etwa durch neue Spannungen und bereits vorhandene Prägungen, jedoch sei die Entwicklung komplexer verlaufen als ursprünglich angenommen. Es sei wenig sinnvoll, die verschiedenen Formen des Antisemitismus gegeneinander abzuwägen, da sie für Betroffene gleichermaßen bedrohlich seien, auch wenn rechtsextreme Einstellungen historisch tiefer in der Gesellschaft verankert seien. In vielen muslimischen Gemeinden herrsche „lautes Schweigen“, allerdings müsse man sich hier auch vor Pauschalisierungen in Acht nehmen. Staatliche Maßnahmen sollten konsequenter umgesetzt und teilweise verschärft werden. Zugleich sei ein Gewöhnungseffekt gegenüber antisemitischen Vorfällen in der Gesellschaft zu beklagen. Insgesamt entstehe dadurch die Sorge, dass sich jüdisches Leben zunehmend aus der Öffentlichkeit zurückziehen und langfristig an Zukunftsperspektive in Deutschland verlieren könne.

Die *Times*¹² macht mit Blick auf den Messerangriff von Golders Green deutlich, dass antisemitische Vorfälle in Großbritannien stark zugenommen hätten und sich auf einem der höchsten jemals gemessenen Niveaus bewegten, was als Ausdruck eines tiefer liegenden gesellschaftlichen Problems gedeutet werden müsse. Trotz einzelner Reaktionen von Politik und Polizei sei jedoch ein Mangel an Dringlichkeit und öffentlicher Aufmerksamkeit festzustellen, während die jüdische Gemeinschaft zunehmend in Unsicherheit lebe. Besonders kritisch sei anzumerken, dass viele öffentliche Akteure, die sonst gegen Diskriminierung Stellung nähmen, in diesem Fall auffallend zurückhaltend blieben und antisemitische Entwicklungen teilweise relativierten oder mit dem Nahostkonflikt vermischten, was unangemessen sei. Antisemitismus müsse konsequent bekämpft, politisch klar verurteilt und durch strengere Maßnahmen sowie entschlossenes Handeln von Staat und Gesellschaft eingedämmt werden, wobei insbesondere bestehende Doppelstandards überwunden werden müssten.

¹⁰ Gideon Böss, Für Juden sollen manche Rechte offenbar nicht gelten, *Die Welt*, 5.5.2026.

¹¹ Jacques Schuster, Ich nehme ein sehr lautes Schweigen wahr. Fragen an Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, *Welt am Sonntag*, 17.5.2026.

¹² The Times View, The silence on how to deal with antisemitism is deafening, *The Times*, 4.5.2026.

Christine Brinck weist in der *Welt*¹³ auf die zunehmende Gewalt gegen Juden in westlichen Gesellschaften hin und kritisiert, dass solche Taten häufig relativiert oder mit dem Nahostkonflikt erklärt würden. Statistiken verdeutlichen, dass antisemitische Straftaten im Verhältnis zur kleinen jüdischen Bevölkerungsgruppe stark überrepräsentiert seien und insbesondere in Zeiten von Konflikten im Nahen Osten zunehmen würden. Antisemitismus sei kein neues Phänomen ist, sondern habe tief verwurzelte historische und gesellschaftliche Ursachen. Er sei kein bloßes Bildungsdefizit, sondern eine langlebige, ideologisch geprägte Haltung, die sich auch durch Aufklärung allein nicht beseitigen lasse. Juden würden seit Jahrhunderten immer wieder zur Zielscheibe von Hass gemacht werden – unabhängig von ihrem Verhalten, ihrer politischen Haltung oder dem Existieren des Staates Israel. Antisemitische Vorwürfe und Verschwörungsmythen seien dabei variabel, aber konstant präsent. Auch moderne Erscheinungsformen würden oft politische Kritik an Israel mit generellem Judenhass vermischen, wodurch antisemitische Einstellungen verdeckt oder legitimiert würden. Antisemitismus sollte nicht durch politische Erklärungen relativiert, sondern entschieden bekämpft werden.

In der *Zeit*¹⁴ setzt sich *Christian Staas* mit der Entwicklung und aktuellen Krise der deutschen Erinnerungskultur auseinander. Während das Thema Erinnerung heute so präsent sei wie nie zuvor, entferne sich die öffentliche Debatte zunehmend von der eigentlichen historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Stattdessen werde Erinnerung häufig politisch instrumentalisiert, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Viele wiesen darauf hin, dass Erinnerung stärker auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet sei als auf die Vergangenheit selbst, was erkläre, warum Gedenken gleichzeitig auch zu einem Vergessen führen könne. In den 1990er-Jahren seien die Debatten über die NS-Zeit zwar heftig gewesen, aber sie hätten sich noch direkt auf historische Fragen und deren Aufarbeitung bezogen. Themen wie die Wehrmachtsausstellung, das Holocaust-Mahnmal oder die Goldhagen-Debatte hätten im Zentrum gestanden. Zugleich sei Erinnerung als moralische Verpflichtung verstanden worden, sich gegen Rassismus und Ausgrenzung jeglicher Art zu stellen. Heute hingegen sei die Diskussion stärker polarisiert und verschiebe sich zunehmend auf Konflikte wie den israelisch-palästinensischen Streit oder postkoloniale Fragen. Dabei gerieten der Nationalsozialismus und seine spezifischen historischen Zusammenhänge in den Hintergrund. In den 2000er-Jahren hätte sich eine Phase relativer Selbstzufriedenheit entwickelt. Deutschland habe sich als „Aufarbeitungsweltmeister“ gesehen, institutionalisierte Gedenkformen seien zur Routine geworden, und die Erinnerungskultur teilweise zu einem identitätsstiftenden Element. Gleichzeitig habe eine schleichende „Enthistorisierung“ eingesetzt, bei der das konkrete Interesse an Geschichte zugunsten von symbolischen Bekenntnissen zurückgetreten sei. Erste Debatten über koloniale Gewalt und ihre möglichen Verbindungen zum Holocaust seien zunächst sachlich geführt, hätten sich später jedoch zu stark umkämpften Konfliktfeldern entwickelt. In den letzten Jahren hätten gesellschaftliche Entwicklungen wie Migration, neue Rassismusdebatten und globale Ereignisse die Situation verschärft. Erinnerungskultur sei zunehmend zum politischen Instrument mutiert. Einige nutzten sie, um Solidarität mit Israel einzufordern, andere, um Kolonialismus und gegenwärtige Ungleichheiten zu kritisieren. Dabei komme es oft zu wechselseitigen Vorwürfen von Antisemitismus oder Rassismus. Der Nationalsozialismus selbst werde in diesem Streit häufig nur noch als Argument benutzt, nicht mehr als eigenständiger historischer Bezugspunkt. Deutschland müsse sich dringend seiner eigenen historischen Perspektive stellen, anstatt aktuelle politische Konflikte auf die NS-Erinnerung zu projizieren. Verschiedene Gewaltgeschichten – etwa Kolonialverbrechen und Holocaust – sollten zwar im Dialog betrachtet werden, dürften aber nicht vereinfacht oder gegeneinander ausgespielt werden. Eine differenzierte, historisch fundierte Auseinandersetzung und stärker geschichtsbezogenen Erinnerungskultur sei notwendig, um

¹³ Christine Brinck, Warum Juden nicht zählen, *Die Welt*, 11.5.2026.

¹⁴ Christian Staas, Raus aus der Kampfzone!, *Die Zeit*, 7.5.2026.

Polarisierung zu überwinden. Nur durch genaue Kontextualisierung und die Beschäftigung mit den komplexen Zusammenhängen des Nationalsozialismus – einschließlich Täter- und Opferperspektiven – könne verhindert werden, dass Erinnerung politisch verzerrt werden. Dafür müsse sich der Diskurs von aktuellen ideologischen Konflikten lösen und wieder stärker an der historischen Realität orientieren.

Verena Buser befasst sich bei *cicero.de*¹⁵ mit der zunehmenden Polarisierung in Wissenschaft und Öffentlichkeit im Umgang mit dem Nahostkonflikt und dem Holocaust seit dem 7. Oktober 2023. Einige Vertreter der Holocaust- und Genozidforschung hätten die Gewalt der Hamas relativiert oder als Teil eines angeblichen „Widerstands“ eingeordnet und dabei die spezifisch antisemitische Dimension der Taten vernachlässigt. Diese Sichtweisen seien häufig von postkolonialen Theorien geprägt, die den Konflikt stark vereinfacht als Gegensatz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten darstellten und dabei Israel grundsätzlich als Hauptverantwortlichen markierten. Solche Perspektiven trügen dazu bei, Antisemitismus zu verharmlosen oder falsch zu definieren, indem er lediglich als Form von Rassismus eingeordnet würde und seine besonderen ideologischen Merkmale verloren gingen. Besonders kritisch sei die „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ anzusehen, da sie aktuelle Formen von Antisemitismus im Kontext von Israelkritik nicht ausreichend erfasse. Gleichzeitig würden im westlichen Diskurs gezielt israelische Kritiker der eigenen Regierung herangezogen, um antiisraelische Positionen zu legitimieren, wodurch ein verzerrtes Bild des Konflikts entstehe. Die Darstellung der Palästinenser als pauschale Opfer blende zudem die komplexe Realität aus und ignoriere problematische Strukturen innerhalb palästinensischer Organisationen, insbesondere der Hamas. Diese habe gezielt Strategien entwickelt, um im Westen Unterstützung zu gewinnen, indem sie ihre Ideologie in die Sprache von Menschenrechten und Befreiungskampf übersetze. Dadurch werde vor allem im linken und akademischen Milieu eine vereinfachte und ideologisch geprägte Sichtweise gefördert. Die Verharmlosung von Antisemitismus und die einseitige Parteinahme erschweren eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt und schaden zudem jenen Kräften innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, die sich für Frieden und gegen Terror einsetzen würden.

Matthias Döpfner setzt sich in der *Welt*¹⁶ mit dem Fortbestehen und der neuen Ausprägung des Antisemitismus, insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023, auseinander. Die verbreitete Formel „Nie wieder“ sei eine wirkungslose moralische Floskel, da antisemitische Gewalt und Ressentiments weiterhin existieren und sogar zunehmen würden. Nach dem Wendepunkt des 7. Oktober habe es statt klarer Solidarität mit den Opfern vielerorts Verständnis oder Rechtfertigungen für die Täter gegeben. Internationale Institutionen und gesellschaftliche Diskurse verurteilten Israel überproportional und vernachlässigten dabei andere gravierende Menschenrechtsverletzungen in der Welt. Diese Verzerrung begünstige antisemitische Denkmuster. Zudem gebe es einen neuen, global verbreiteten Antisemitismus, der insbesondere unter jungen Menschen, in sozialen Medien, an Universitäten und im Kulturbetrieb an Einfluss gewinnen würde. Dieser äußere sich oft unter dem Deckmantel von Israelkritik, während antisemitische Inhalte verharmlost oder verschleiert würden. Kritik an der Politik Israels sei grundsätzlich möglich, dürfe jedoch nicht als Vorwand für pauschalen Hass gegen Juden dienen. Zur Bekämpfung des Antisemitismus seien eine konsequente Null-Toleranz-Politik gegenüber judenfeindlichen Äußerungen und Taten, stärkere Unterstützung jüdischen Lebens in Europa, eine strengere Regulierung antisemitischer Inhalte in sozialen Medien sowie eine kritische Auseinandersetzung mit ideologischen Strömungen, die antisemitische Positionen begünstigen könnten, dringend geboten. Auch die Erinnerung an den Holocaust sei eine zentrale Aufgabe, um die historischen Lehren wachzuhalten. Antisemitismus

¹⁵ Verena Buser, Wie man Judenhass wegdefiniert, *cicero.de*, 10.5.2026.

¹⁶ Mathias Döpfner, Wir sollten alle Zionisten sein, *Die Welt*, 12.5.2026.

sei eine grundlegende Bedrohung nicht nur für Juden, sondern für die gesamte freie Gesellschaft. Jeder müsse sich aktiv gegen Hass und Intoleranz zu stellen und die Prinzipien von Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit verteidigen. Zionismus und Patriotismus müssten als miteinander verbundene Haltungen, die den Schutz dieser Werte gewährleisten sollen, gesehen werden.

In der *Welt*¹⁷ merkt *Christine Brinck* kritisch an, dass die Geschichte der DDR heute oft verzerrt und zu oberflächlich vermittelt werde. Das Beispiel des Checkpoint Charlie mache deutlich, wie historische Orte kommerzialisiert würden und eher als Unterhaltung dienten, statt Wissen zu vermitteln. Besonders junge Menschen nähmen solche Angebote unkritisch an, da ihnen häufig grundlegendes Wissen über die DDR fehle. Ein Grund dafür sei der Schulunterricht. Obwohl die DDR im Lehrplan stehe, werde sie oft nur kurz behandelt, weil sie am Ende des Schuljahres liege. Zudem falle es Lehrern auch schwer, das Thema differenziert zu vermitteln, sei es aus persönlicher Nähe oder mangelnder didaktischer Vorbereitung. So bleibe es häufig bei einzelnen Stichworten wie Mauerfall oder Stasi, ohne tiefere Zusammenhänge zu erklären. Dabei sei die DDR eine komplexe Diktatur gewesen, die nicht auf wenige Ereignisse reduziert werden könne. Eine Verharmlosung oder einseitige Darstellung werde der historischen Realität nicht gerecht. Deshalb sei mehr und besserer Geschichtsunterricht sowie lebendige Vermittlungsformen, etwa durch Filme, Literatur oder Zeitzeugenberichte, dringend notwendig. Denn die DDR-Geschichte wirke bis heute nach. Wer sie nicht ausreichend verstehe, könne politische Entwicklungen schlechter einordnen und sei anfälliger für falsche Darstellungen.

Tobias Blanken plädiert in der *Welt*¹⁸ dafür, den Begriff „Faschismus“ im heutigen politischen Diskurs genauer und weniger inflationär einzusetzen. Kritikwürdig sei etwa, dass der 8. Mai zunehmend als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ bezeichnet werde, obwohl historisch konkret die Kapitulation der Wehrmacht und das Ende des nationalsozialistischen Staates gemeint sei. Durch diese Verallgemeinerung werde die spezifische Natur des Nationalsozialismus verwischt. Eine Unterscheidung zwischen Faschismus und Nationalsozialismus sei notwendig. Während Faschismus allgemein als autoritäres Einparteiensystem mit eingeschränkter Freiheit beschrieben werde, habe der Nationalsozialismus darüber hinaus eine qualitativ andere Dimension erreicht. Es habe sich beim NS-Regime um einen totalitären Unrechtsstaat gehandelt, dessen gesamtes politisches System – von Gesetzgebung über Verwaltung bis zur Justiz – kriminell organisiert gewesen sei. Entscheidendes Merkmal sei nicht nur die Unterdrückung, sondern vor allem die systematische Vernichtung von Menschen, insbesondere der Juden. Im Vergleich dazu könne Mussolinis Italien zwar ebenfalls als diktatorisch und repressiv eingeordnet werden, aber dort habe keine vergleichbare systematische Vernichtungspolitik existiert. Der Nationalsozialismus gehe somit über den Faschismus hinaus und dürfe nicht einfach mit ihm gleichgesetzt werden. Die Alliierten hätten nach der deutschen Niederlage vom 8. Mai 1945 zudem mit ihren Kontrollratsgesetzen gezielt nationalsozialistische Strukturen beseitigt und dabei ausdrücklich von „Nazis“ und „Nationalsozialismus“ gesprochen, nicht von „Faschismus“. Auch wichtige Akteure der westdeutschen Erinnerungskultur wie Richard von Weizsäcker hätten den 8. Mai als Befreiung vom Nationalsozialismus bezeichnet. Demgegenüber habe das „antifaschistische“ Geschichtsbild der DDR den Begriff „Faschismus“ stark propagiert, dabei jedoch zentrale Aspekte wie den Holocaust nur unzureichend berücksichtigt. Dieses DDR-geprägte Vokabular wirke teilweise bis heute fort, etwa in Gedenkpraktiken oder politischen Reden. Dadurch werde die historische Genauigkeit verwässert und eine differenzierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erschwert. Eine klarere Unterscheidung zwischen Faschismus und Nationalsozialismus sei notwendig, um der historischen Realität gerechter zu werden.

¹⁷ Christine Brinck, Die DDR muss den Schülern vermittelt werden, *Die Welt*, 19.5.2026.

¹⁸ Tobias Blanken, Hitler war ein Nazi, kein Faschist, *Die Welt*, 8.5.2026.

In der Debatte: Europas Sicherheit und die Zukunft der NATO

Nikolas Busse macht in der *FAZ*¹⁹ deutlich, es sei zwar absehbar gewesen, dass die USA ihre Truppenpräsenz neu ordnen würden, nicht jedoch, dass ein Abzug aus Deutschland als „Strafmaßnahme“ fungieren sollte. Die Zeiten, in denen man Kritik an amerikanischen Kriegen äußern konnte, ohne die NATO zu gefährden, seien vorbei. Dies verdeutliche den Bedeutungsverlust Europas für die USA sowie deren strategische Hinwendung zu Asien, während China als größere Herausforderung als Russland gelte. Europäische Militärstandorte seien daher nicht mehr unverzichtbar. Die Bundesregierung und andere europäische Staaten hätten im Iran-Konflikt zusätzliche Argumente gegen die NATO geliefert und damit unklug gehandelt. Der angekündigte Truppenabzug könne trotz geringer Zahlen größere Folgen haben, da Europa weiterhin auf US-Militär angewiesen sei. Auch die fehlende Stationierung von Mittelstreckenraketen sei problematisch, da sie eine militärische Lücke hinterlasse. Insgesamt entstehe der Eindruck, die NATO werde geschwächt und verliere aus Sicht Russlands an Stabilität.

In der *Zeit*²⁰ merkt *Holger Stark* an, die Ereignisse um die Straße von Hormus und der angekündigte Truppenabzug aus dem bayerischen Vilseck seien sinnbildlich für das Ende der Vorstellung, die USA seien weiterhin eine verlässliche Ordnungsmacht und stünden fest an der Seite Europas. Die amerikanische Außenpolitik erscheine zunehmend unkoordiniert und unberechenbar, weshalb eine enge Zusammenarbeit für die europäischen Staaten eher fragwürdig erscheine. Auch das amerikanische Sicherheitsversprechen innerhalb der NATO habe an Glaubwürdigkeit verloren, insbesondere durch wiederholte Zweifel an der Bündnistreue der USA. Dadurch sei das Vertrauen in einen militärischen Beistand im Ernstfall geschwächt worden. Europa müsse sich auf eine Zukunft einstellen, in der die USA eine geringere Rolle spielten, da sich deren strategischer Fokus zunehmend nach Asien verlagere. Ein vollständiger Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland erscheine zwar unwahrscheinlich, doch sei mit deren Reduzierung zu rechnen. Der teilweise Rückzug der USA könne aber auch als Chance verstanden werden, da er Europa und insbesondere Deutschland dazu zwingen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen und unabhängiger zu werden.

Jackson Janes und *Markus Ziener* konstatieren im *Handelsblatt*²¹, Europa habe nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts eine Friedensordnung geschaffen, die auf zwei Säulen geruhe habe, der europäischen Integration und der Schutzmacht der USA. Diese Ordnung habe lange Stabilität gewährleistet, doch inzwischen habe sie sich grundlegend verändert, da amerikanische Sicherheitsgarantien nicht mehr als verlässlich, sondern als an Bedingungen geknüpfte Leistung verstanden würden. Europa sei derzeit noch nicht in der Lage, seine Sicherheit komplett eigenständig zu gewährleisten, da es in zentralen militärischen Bereichen Defizite aufweise. Deshalb bleibe der Kontinent vorerst auf die USA angewiesen, müsse jedoch zugleich seine eigenen Fähigkeiten ausbauen und mehr Verantwortung übernehmen. Daher sei eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik notwendig, etwa durch höhere Ausgaben, effizientere Beschaffung und institutionelle Reformen. Auch Fragen der Energieversorgung und außenpolitischen Entscheidungsprozesse würden in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewinnen. Europa müsse langfristig strategisch autonomer werden, wozu auch die Diskussion über eine eigene nukleare Abschreckung gehöre, da ein Kontinent seine Sicherheit nicht dauerhaft von externen Mächten abhängig machen könne.

Hubert Wetzel befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*²² mit den jüngsten Entwicklungen in der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund des von Donald

¹⁹ Nikolas Busse, Die NATO erodiert, *FAZ*, 4.5.2026.

²⁰ Holger Stark, Geht auch ohne, *Die Zeit* 7.5.2026.

²¹ Jackson Janes/Markus Ziener, Europas große Verteidigungsfrage, *Handelsblatt*, 7.5.2026.

²² Hubert Wetzel, Eine Ausrede namens Trump, *SZ*, 8.5.2026.

Trump angekündigten Abzugs von US-Truppen aus Deutschland. Diese Entscheidung löse große Besorgnis aus, da sie sowohl die Sicherheit Europas als auch die Stärke der NATO zu schwächen drohe. Gleichzeitig sollte man sich vor Augen führen, dass diese Entwicklung nicht zwangsläufig als rein negativer Einschnitt verstanden werden müsse, sondern auch als Chance für eine neue strategische Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses. Europa könnte künftig stärker die Verantwortung für seine konventionelle Verteidigung übernehmen, während die USA hauptsächlich den nuklearen Schutzschirm bereitstellten. In diesem Sinne könnten der Truppenabzug und die ausbleibende Stationierung neuer US-Waffensysteme auch Teil einer langfristigen Neuausrichtung sein, bei der europäische Staaten – insbesondere Deutschland – ihre militärischen Fähigkeiten eigenständiger ausbauen könnten. Unverständlich sei, warum Europa bislang nicht in der Lage sei, ausreichend eigene militärische Kapazitäten zu schaffen, obwohl andere Länder, etwa die Ukraine, unter schwierigen Bedingungen schnell innovative Waffensysteme entwickeln würden. Zwar entstünden durch den Rückzug der USA zunächst militärische Lücken, doch diese seien grundsätzlich schließbar, wenn Europa bereit sei, neue Wege zu gehen, bürokratische Hürden abzubauen und stärker in Innovation und Rüstungsproduktion zu investieren. Trump sei zwar ein unberechenbarer Faktor, werde gleichzeitig aber auch als bequeme Ausrede für europäische Versäumnisse genutzt. Europa müsse mehr Eigenverantwortung übernehmen und von einer bloßen Reaktion auf amerikanische Entscheidungen zu einer aktiven sicherheitspolitischen Gestaltung übergehen.

Der *Economist*²³ kritisiert die Haltung von NATO-Generalsekretär Mark Rutte, der trotz deutlicher Hinweise auf eine mögliche Schwächung der transatlantischen Allianz an der uneingeschränkten Verlässlichkeit der USA festhalte. Während Donald Trump wiederholt Zweifel an der Beistandspflicht äußere und einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa in Aussicht stelle, weise Rutte solche Risiken öffentlich zurück und lehne sogar eine Diskussion über Alternativstrategien ab. Zwar versuche er damit diplomatisch, die USA im Bündnis zu halten, doch gleichzeitig wachse in Europa die Unsicherheit. Mehrere Staaten hätten daher im Hintergrund begonnen, Szenarien ohne amerikanische Unterstützung zu planen. Problematisch sei, dass die NATO stark von der Führungsrolle der USA abhängig sei, sodass ein Wegfall erhebliche organisatorische und militärische Herausforderungen mit sich bringen würde. Trotz der Risiken sei aber klar, dass Europa keine andere Wahl habe, als sich auf mögliche Veränderungen vorzubereiten und eigenständige Verteidigungsstrukturen zu entwickeln, da Untätigkeit die größere Gefahr darstellen würde.

Bei *Zeit online*²⁴ betrachtet *Michael Thumann* das militärische Scheitern von Großmächten. Die Kriege der Gegenwart ließen ein wiederkehrendes Muster erkennen: Atomkräfte griffen deutlich schwächere Staaten an und erwarteten einen schnellen militärischen Erfolg, doch dieser bleibe aus. Stattdessen komme es – wie bereits von Moltke prognostiziert worden sei – nach anfänglichen Rückschlägen zu langwierigen Pattsituationen, in denen sich die angegriffenen Staaten überraschend erfolgreich behaupteten. Als Beispiele könnten der russische Angriff auf die Ukraine sowie das Vorgehen der USA gegen den Iran angeführt werden, wobei beide Großmächte ihre ursprünglich formulierten Ziele bislang verfehlt hätten. Als Ursachen für dieses Scheitern könnten vor allem die Fehlwahrnehmungen und mangelnde Kenntnis der jeweiligen Machthaber angeführt werden. Sowohl Putin als auch Trump hätten Warnungen ignoriert und ihre Gegner falsch eingeschätzt. Zudem hätten sich nukleare Drohungen als wirkungslos erwiesen. Ein weiteres Problem bestehe darin, dass die Bevölkerung der angreifenden Staaten nicht bereit sei, langwierige und entbehrungsreiche Kriege mitzutragen, insbesondere wenn diese ursprünglich als kurzfristige Operationen dargestellt worden seien. Demgegenüber zeigten die angegriffenen Länder eine hohe Resilienz, die unter anderem auf

²³ Why NATO needs a Plan B, *The Economist*, 21.5.2026.

²⁴ Michael Thumann, Woran scheitern die Großmächte?, *Die Zeit online*, 18.5.2026.

nationale Motivation, staatliche Strukturen und eigene industrielle sowie militärische Kapazitäten zurückgeführt werden könne. Angriffskriege zögen zudem häufig internationale Unterstützung für die angegriffenen Staaten nach sich. Sowohl die Ukraine als auch der Iran verfügten über externe Verbündete, die ihre Widerstandsfähigkeit zusätzlich erhöhten. Konflikte dauerten an, weil die beteiligten Großmächte ihre Fehlkalkulationen nicht eingestehen wollten. Ein Ende sei daher erst zu erwarten, wenn die verantwortlichen politischen Führungen ihr Scheitern anerkennen oder ersetzt würden.

Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*²⁵ blickt *Eckart Conze* auf das Verhältnis von Krieg und Frieden, das differenziert betrachtet werden müsse. Zwar habe es historisch stets Konflikte gegeben, doch daraus lasse sich kein einfacher Normalzustand ableiten. Entscheidend sei vielmehr, wie Gesellschaften und Staaten mit Machtkonflikten umgehen würden und ob es gelinge, friedliche Lösungen zu finden. Besonders die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen 1990 und 2022 könne als „Zeit zwischen den Zeiten“ beschrieben werden, in der viele gehofft hätten, eine stabile Friedensordnung etablieren zu können. Diese Hoffnung habe sich jedoch als trügerisch erwiesen, da geopolitische Spannungen weiterhin bestehen geblieben und schließlich im russischen Angriff auf die Ukraine sichtbar eskaliert seien. Versuche, dauerhafte Friedensordnungen zu schaffen, seien immer wieder gescheitert. Sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach 1990 seien internationale Ordnungen entworfen worden, die jedoch instabil geblieben seien. Die Ursachen dafür lägen unter anderem in der mangelnden Einbindung zentraler Mächte oder in geopolitischen Rivalitäten. Aggressive Akteure wie das nationalsozialistische Deutschland oder später Russland hätten solche Schwächen gezielt ausgenutzt. Gleichzeitig sei deutlich geworden, dass selbst politisch legitime Strategien wie die Appeasement-Politik scheitern könnten, wenn sie von aggressiven Staaten missbraucht würden. Krieg und Frieden seien keine klar voneinander getrennten Zustände, sondern gingen ineinander über. Friedensschlüsse stellten meist nur eine vorübergehende Stabilisierung dar, während Konflikte oft weiter bestünden. Dies zeige sich besonders am Beispiel des Dreißigjährigen Krieges, der religiöse, politische und europäische Machtkonflikte miteinander verbunden habe. Erst ein langer Prozess von Verhandlungen, wachsendem Vertrauen und letztlich die Erschöpfung aller Beteiligten hätte den Westfälischen Frieden ermöglicht. Zugleich hätte dieser jedoch keinen endgültigen Frieden gebracht, sondern eine Phase neuer Kriege eingeleitet. Erfolgreiche Friedensordnungen hingen zudem davon ab, ob ein echtes Interesse aller Konfliktparteien an Frieden bestünde. Verhandlungen seien dann aussichtsreich, wenn keine Seite mehr an einen militärischen Sieg glauben würde. Fehle dieses Interesse, blieben Friedenslösungen instabil oder unmöglich. Auch moderne Entwicklungen wie das Völkerstrafrecht zeigten die Ambivalenz von Frieden, einerseits sicherten sie Gerechtigkeit, andererseits verlängerten sie Konfliktwirkungen in die Nachkriegszeit hinein. Wie vor dem Ersten Weltkrieg führten auch heute Renationalisierung, Machtpolitik und geopolitische Spannungen zu einer zunehmenden Konfrontation zwischen Großmächten. Die Geschichte zeige, dass solche Entwicklungen langfristig eskalieren könnten, wenn sie nicht durch stabile internationale Ordnungssysteme eingehegt würden. Krieg erscheine daher nicht als unvermeidliche Normalität, sondern als Folge politischer Entscheidungen und ungelöster Konflikte, während Frieden stets aktiv erarbeitet, gesichert und von den beteiligten Akteuren getragen werden müsse.

Andreas Rödder merkt in der *NZZ am Sonntag*²⁶ an, Diplomatie sei traditionell durch eine vorsichtige, indirekte und gesichtswahrende Sprache gekennzeichnet gewesen, die es ermöglicht habe, Konflikte zu entschärfen und Handlungsspielräume offenzuhalten. Kritik werde dabei nicht offen und scharf formuliert, sondern bewusst abgeschwächt und indirekt geäußert,

²⁵ Michael Hesse, „Von Hitler lassen sich durchaus Parallelen zu Putin ziehen“. Fragen an den Historiker Eckart Conze, *Frankfurter Rundschau*, 8.5.2026.

²⁶ Andreas Rödder, Deal statt Diplomatie? Das Verschwinden der schonenden Sprache fügt der internationalen Politik Schaden zu, *NZZ am Sonntag*, 17.5.2026.

um Eskalationen zu vermeiden. Diese Form der diplomatischen Kommunikation gehe in der Gegenwart zunehmend verloren. Am Beispiel öffentlicher Konfrontationen, etwa durch Donald Trump, würde deutlich, dass direkte und medienwirksame Auseinandersetzungen an die Stelle diskreter Verhandlungen getreten seien. Dies habe dazu geführt, dass die Regeln der Diplomatie insgesamt an Bedeutung verloren hätten. Als Ursache hierfür sei neben dem Verhalten einzelner Politiker auch ein allgemeiner Wandel der Kommunikation, vor allem durch soziale Medien, verantwortlich, denn diese begünstigten schnellere, direktere und schärfere Ausdrucksformen. Der Verlust diplomatischer Zurückhaltung sei problematisch und eine Rückbesinnung auf respektvolle und besonnene Kommunikation erscheine wünschenswert.

Rezensionen

„Die auf Menschen- und Völkerrechten basierende Werteordnung ist die Blut- und Tränensaat der europäischen Geschichte. Wer dieses Buch liest, wird verstehen, dass in der gegenwärtigen Weltlage nicht weniger auf dem Spiel steht als das politische Vermächtnis schon des frühneuzeitlichen Europas“, merkt *Thomas Kaufmann* in der *FAZ*²⁷ über **Die Teilung der Macht. Eine Geschichte der Frühen Neuzeit** von **Luise Schorn-Schütte** an.

Marc Reichwein befasst sich in der *Welt am Sonntag*²⁸ mit **Weimar. Glanz und Grauen der deutschen Geschichte** von **Katja Hoyer**, die darin die Geschichte der Stadt zwischen 1919 und 1939 in einer „kaleidoskopische[n] Chronik“ schildere und sie beschreibe dabei „Mitläufer und Mitwisser, Täter und Opfer, Fanatiker und Verfolgte – und, dass diese Rollen im Einzelnen kaum sortenrein zu fassen“ seien.

„Die beiden Autoren haben auf schwieriger Quellengrundlage ein breites Panorama eines der vier großen Warenhauskonzerne Deutschlands entfaltet, eine bewundernswerte Leistung“, urteilt *Peter Hoeres* in der *FAZ*²⁹ über **Die wunderbare Welt von Hermann Tietz. Warenhaus und Massenkonsum in Deutschland in der Moderne** von **Werner Plumpe** und **Ralf Banken**.

Peter Hayes zeige in seinem Buch **Geschäfte im Schatten des Holocaust. Deutsche Großunternehmen im Dritten Reich** – so *Robert Gerwarth* in der *FAZ*³⁰ –, „wie deutsche Unternehmen sich mit dem NS-Regime arrangierten und in seine Verbrechen verstrickten“.

In ihrem Buch **Die letzten Tage der Diktatur. Spione, Drahtzieher und das Ende der Nazi-Herrschaft** betrachte **Svenja Falk** die letzten Tage der Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz in Flensburg und ziehe dabei des Öfteren „das Interessante dem historisch Belegten vor“ urteilt *Andreas Kilb* in der *FAZ*³¹ und rät: „So muss man das Buch lesen: nicht als akademische Studie, sondern als zeitgeschichtliches Wimmelbild, als Mosaik aus Stimmen und Schicksalen, die in der kurzen Übergangszeit zwischen Diktatur und Besatzungsherrschaft in der Stadt an der Ostsee zusammentrafen.“

Kim Christian Priemel stellt in der *FAZ*³² den Band **Im Herzen des Weltfeindes. Der Nürnberger Kriegsverbrecherprozess** vor, der zeitgenössische Reportagen der drei Journalistinnen **Janet Flanner**, **Martha Gellhorn** und **Rebecca West** versammle, angereichert mit Fotos von **Lee Miller** und konstatiert: „Für diese und andere Diagnosen der drei Verfasserinnen lohnt sich die Neulektüre allemal.“

²⁷ Thomas Kaufmann, Auf das Modell des Westens muss es nicht hinauslaufen, *FAZ*, 13.5.2026.

²⁸ Marc Reichwein, Hitlerismus und Goethe, *Welt am Sonntag*, 10.5.2026.

²⁹ Peter Hoeres, Aufstieg und Fall von Hertie, *FAZ*, 11.5.2026.

³⁰ Robert Gerwarth, Ideologische Überzeugung war nicht vonnöten, *FAZ*, 22.4.2026.

³¹ Andreas Kilb, James Bond kam nicht bis Flensburg, *FAZ*, 7.5.2026.

³² Kim Christian Priemel, Da wirkte die Gerechtigkeit auf einmal sehr klein, *FAZ*, 16.4.2026.

Joachim Käppner merkt in der *Süddeutschen Zeitung*³³ an, **Matthias Brandt** sei es mit **Nein sagen. Über den 20. Juli 1944, meine Eltern und persönliche Verantwortung** gelungen, „ein flammendes, sehr persönliches und kluges Plädoyer zur Verteidigung der Demokratie“ vorzulegen: „Das Buch wäre, dies am Rande, eine lohnende Lektüre für jene deutschen Konservativen, die heute von vermeintlichen bürgerlichen Mehrheiten aus Union und AfD träumen. Eine Partei kann entweder bürgerlich sein oder partiell rechtsextrem, beides ist nicht zu haben, nicht mit Populisten, für die bürgerliche Werte nichts als hohle Lippenbekenntnisse sind.“

In der *FAZ*³⁴ präsentiert *Oliver Jungen* **Schuld und Geheimnis. Bekenntnisse von Legenden in der deutsch-jüdischen Publizistik** von **Siegfried Weischenberg**, der sich „durch etwa 100 Autobiographien von ‚Medienlegenden‘“ gelesen habe, und bilanziert: „Aufgrund der vielen Querbezüge könnte man von einer Netzwerkanalyse sprechen, doch der große Mehrwert dieser Studie liegt in ihrer anekdotischen Evidenz“ und er zeige, wie sich „subkutan“ der Antisemitismus „fortgeschleppt“ habe.

In seinem Buch **Humanitäre Hilfe der Schweiz für SS-Kriegsverbrecher. Zur Errichtung einer völkischen Siedlerkolonie in Brasilien, 1949–1952/59** arbeite **Peter Hug** ein „dunkles Kapitel“ der Schweizer Geschichte auf, konstatiert *Christoph Wehrli* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁵.

„Zu lesen ist das Buch eher als zuweilen wehmütiger, teils entsetzter, mitunter ratloser, aber vorwiegend leidenschaftlicher Appell eines Bundesrepublikaners, die demokratische, europäische und westliche Verankerung des Landes zu bewahren“ merkt *Daniel Brössler* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁶ über **Wer sind wir? Deutschland auf der Suche nach seiner Identität** von **Joschka Fischer** an, der darin seiner Bewunderung für die politische Leistung Konrad Adenauers Ausdruck verliehen habe.

„Das anspruchsvolle und dicht geschriebene Buch, dessen Inhalt in seiner komplexen Gänge nur angedeutet werden konnte, geprägt von hoher analytischer Kraft, empirischer Fundiertheit, methodischer Beschlagenheit und profunder Literaturkenntnis, ist eine schwere Kost“ urteilt *Eckhard Jesse* in der *Welt*³⁷ über **Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats** von **Philip Manow**.

Annette Weinke weist in der *FAZ*³⁸ auf die Studie **Reinventing Protestant Germany. Religious Nationalists and the Contest for Post-Nazi Democracy** von **Brandon Bloch** hin und stellt fest: „Auch wenn Blochs materialreiche Konfliktgeschichte des deutschen Nachkriegsprotestantismus die Lagerbildungen an der einen oder anderen Stelle überzeichnet und die Bedeutung der evangelischen Kirche als gesamtdeutsche Institution insgesamt nur wenig Berücksichtigung findet, ist ihm mit seinem Buch dennoch ein großer Wurf gelungen.“

Klaus Ferdinand Gärditz befasst sich in der *FAZ*³⁹ mit **Öffentliche Kunstfreiheit** von **Christoph Möllers** und **Nils Weinberg** und stellt fest: „Bestechend bleibt die Eleganz, mit der Möllers und Weinberg den Instrumentenkasten der Grundrechtsdogmatik einsetzen, um durch relationale Abschichtung und Versachlichung von Konfliktebenen staatliches Handeln im Kulturkampfmodus einzufangen und in Argumentationslasten zu übersetzen.“

Die RTL-Investigativreporterin **Angelique Geray** beschreibe in ihrem Buch **Undercover unter Nazis. Als Frau im Herz der rechtsextremen Szene** ihre Recherche in der Neonazi-

³³ Joachim Käppner, Bevor es zu spät ist, *SZ*, 20.4.2026.

³⁴ Oliver Jungen, Die Antisemiten sterben nicht aus, *FAZ*, 22.4.2026.

³⁵ Christoph Wehrli, 16 ehemalige Angehörige der Waffen-SS unter 2500 Brasilien-Siedlern, *NZZ*, 19.5.2026.

³⁶ Daniel Brössler, Eine Verneigung vor Konrad Adenauer, *SZ*, 11.5.2026.

³⁷ Eckhard Jesse, Das Dilemma der Mitte-Parteien, *Die Welt*, 19.5.2026.

³⁸ Annette Weinke, Im Vatikan gezeugt und in Washington geboren, *FAZ*, 5.5.2026.

³⁹ Klaus Ferdinand Gärditz, Aus der Documenta-Affäre lernen, *FAZ*, 20.5.2026.

Szene und erzähle dabei auch „viel über die Kontinuität rechtsextremer Gewalt“, konstatiert *Ulrike Nimz* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁰.

Moshe Zimmermann blicke in **People gone mad. Wie die Demokratie sich selbst zerstört** auf die letzten Jahrzehnte zurück und versuche dabei zu erklären, „wie der Populismus über die westlichen Demokratien kam“ – so *Jakob Hessing* im *Tagesspiegel*⁴¹.

„Die Philosophin **Eva von Redecker** entwickelt in ihrem jüngsten Buch einen erweiterten Faschismusbegriff, um auf diese Weise Freiheitsansprüche, die ihr missfallen, als autoritär oder rechtsradikal etikettieren zu können. Damit führt sie ihr bisheriges Programm fort: den Kampf gegen den Liberalismus“ urteilt *Frauke Rostalski* bei *cicero.de*⁴² über **Dieser Drang nach Härte. Über den neuen Faschismus**.

In seinem Buch **Katechon. Zur Wiederkehr der politischen Theologie in der Gegenwart** gehe **Volker Weiß** – so *Mark Siemons* in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*⁴³ – der Frage nach, ob „Katechon das geheime Codewort der globalen Rechten“ sei: „Er trägt frappierende Beispiele für die neue Neigung zum apokalyptischen Schwadronieren zusammen und zitiert erhellende Stimmen dazu. Aber bis zuletzt bleibt unklar, warum rechte Denkströmungen überhaupt zu diesem Begriff Zuflucht nehmen.“

In seiner Darstellung **Die Deutschen und die Atombombe. Eine Geschichte von Angst, Ambivalenz und Verantwortung** zeige **Joachim Krause** auf, „wie sich die Deutschen aus dem nuklearen Zeitalter verabschiedet“ hätten, schreibt *Thomas Speckmann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁴.

In **Der kommende Sturm. Der nächste große Krieg und wovor die Geschichte uns warnt** erläutere **Odd Arne Westad**, warum er eine deutliche Ähnlichkeiten zwischen der gegenwärtigen globalen politischen Situation und der Lage vor dem Ersten Weltkrieg sehe und mache zugleich deutlich – so *Thomas Speckmann* in der *FAZ*⁴⁵ –, dass die atomare Abschreckung heute nicht mehr die gleiche Wirkung habe wie in der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges.

In seinem Buch **Der gelähmte Westen. Chronik einer Selbstaufgabe** argumentiere **Ferdinand Knauß**, „die ökonomische und demografische Stagnation des Westens habe lange vor Donald Trump begonnen, der jetzt ständig als Zerstörer des Westens herhalten müsse“, stellt *Marc Reichwein* in der *Welt am Sonntag*⁴⁶ fest.

Thomas Schmid weist in der *Welt am Sonntag*⁴⁷ auf **Der Teufelspakt. Eine Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen**, das wiederaufgelegte Buch von **Sebastian Haffner** aus dem Jahr 1968, hin und konstatiert: „Es gibt aber auch zeitdiagnostische Bücher, die noch nach Jahrzehnten erhellend und ergreifend sind.“

In der *Financial Times*⁴⁸ stellt *Andrew Cowley* drei Bücher vor, die die Denkweise in Russland in den Blick nähmen und die dort herrschenden Mythen entlarvten: **The Descent: Witnessing Russia's Spiral into Madness Under Putin** von **Marc Bennetts**; **The Closing of the Russian Mind: How Putin's Ideology Took the Nation Hostage** von **Andrei Kolesnikov** sowie **A Kingdom and a Village: A One-Thousand-Year History of Moscow** von **Simon Morrison**.

⁴⁰ Ulrike Nimz, Herzklopfen im „Führerbunker“, SZ, 20.4.2026.

⁴¹ Jakob Hessing, Aufstieg der Autokraten, Der Tagesspiegel, 5.5.2026.

⁴² Frauke Rostalski, Dieser Drang nach Härte. Über den neuen Faschismus, cicero.de, 11.5.2026.

⁴³ Mark Siemons, Thiel, Dugin, Schmitt und die apokalyptische Verschwörung, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.5.2026.

⁴⁴ Thomas Speckmann, Das atomare Tabu. NZZ, 23.4.2026.

⁴⁵ Thomas Speckmann, Ein großer Krieg wird zum wahrscheinlichen Szenario, FAZ, 21.4.2026.

⁴⁶ Marc Reichwein, Ferdinand Knauß vermisst den wehrhaften Westen, Welt am Sonntag, 3.5.2026.

⁴⁷ Thomas Schmid, Der teuflische Pakt, Welt am Sonntag, 3.5.2026.

⁴⁸ Andrew Cowley, Stalin, Putin and the history of poisoned Russian minds, Financial Times, 6.5.2026.

Mit seinem Band **Franco muss vergessen werden. Der Spanische Bürgerkrieg und das Erinnern** habe **Thomas Stölting** kein „reines Geschichtsbuch“ vorgelegt, sondern ein Plädoyer gegen das „kollektive Schweigen“ und für eine „produktive Erinnerungskultur“, konstatiert *Reiner Wandler* in der *taz*⁴⁹.

In einer „historischen Reportage“ erzähle **Paul Ingendaay** „erschütternd, wie Künstler aus ganz Europa in den Spanischen Bürgerkrieg zogen“, merkt *Thomas Steinfeld* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁰ über **Entscheidung in Spanien. Der große Kampf der Literatur, 1936–1939** an.

René Wildangel konstatiert in der *Süddeutschen Zeitung*⁵¹, **Samar Yazbek** habe in ihrem Buch **Gaza. Überlebensberichte aus einem zerstörten Land** Interviews mit Opfern der israelischen Angriffe publiziert und damit, „auch wenn die Berichte kaum zu verkraften“ seien, ein „wichtiges Buch“ geschaffen.

Brian A. Smith befasst sich bei *Law&Liberty*⁵² mit **Duty to Deter: American Nuclear Deterrence and the Just War Doctrine** von **Rebecca L. Heinrichs**, die das Konzept der nuklearen Abschreckung mit der Tradition des gerechten Krieges verbinde und dabei auf flexible Abschreckungsmodelle hinweise.

Majd El-Safadi merkt in der *FAZ*⁵³ an, **Emma Ashford** habe mit ihrer Darstellung **First Among Equals. U.S. Foreign Policy in a multipolar world**, auch wenn man einige inhaltliche Einwände vorbringen könnte, „eine wuchtige wie Streitbare Bestandsaufnahme der US-Außenpolitik vorgelegt, die den Diskurs um die geopolitische Rolle der USA bereichert“.

David Head stellt bei *Law&Liberty*⁵⁴ **Conspirator in Chief: The Long Tradition of Conspiracy Theories in the American Presidency** von **Stephen E. Knott** vor, der beschreibe, wie amerikanische Präsidenten, angefangen bei Thomas Jefferson, rücksichtslos Verschwörungstheorien über ihre politischen Gegner nutzten, um die eigene Macht und ihre Privilegien zu vergrößern.

Matthew Avery Sutton sei in seinem Buch **Chosen Land: How Christianity Made America and Americans Remade Christianity** der Frage nachgegangen, wie – angesichts der Vielfalt christlicher Gewohnheiten und Praktiken in den USA – der Staat die Religion und die Religion den Staat beeinflusst habe, schreibt *D.G. Hart* im *Wall Street Journal*⁵⁵.

Bei *Law&Liberty*⁵⁶ befasst sich *Alexander William Salter* mit dem von **Dylan Pahman** und **John C. Pinheiro** herausgegebenen Band **The Christian Roots of American Liberty: A Reader**, in dem sich die Beiträger mit den Grundlagen des amerikanischen Liberalismus auseinandersetzen: „Pahman and Pinheiro's careful editorial work could hardly have come at a better time. Thanks to them, we can better understand and discuss Christianity's essential role in American public life.“

In der *Financial Times*⁵⁷ stellt *Diane Coyle* drei Bücher vor, die den Niedergang Großbritanniens in den Blick nehmen: **Challenging Inequalities: How We Got Stuck and Where We Go Next** von **Paul Johnson**; **The Land Where Nothing Works: How Britain Lost the Plot** von **A.G. Hopkins** sowie **Yesterday: The United Kingdom from Thatcher to Covid** von **Brian Harrison**.

⁴⁹ Reiner Wandler, *Erinnern, um zu vergessen*, *taz*.die tageszeitung, 18.4.2026.

⁵⁰ Thomas Steinfeld, *Als es internationale Solidarität gab*, *SZ*, 24.4.2026.

⁵¹ René Wildangel, *Das Grauen von Gaza*, *Süddeutsche Zeitung*, 20.4.2026.

⁵² Brian A. Smith, *The Moral Case for Nuclear Deterrence*, *Law&Liberty*, 14.4.2026.

⁵³ Majd El-Safadi, *Europa muss es allein schaffen*, *FAZ*, 19.5.2026.

⁵⁴ David Head, *Conspiracy in the White House*, *Law&Liberty*, 17.4.2026.

⁵⁵ D.G. Hart, *'Chosen Land' Review: Christian Multitudes*, *The Wall Street Journal*, 19.4.2026.

⁵⁶ Alexander William Salter, *Christianity and the Founders' Liberalism*, *Law&Liberty*, 19.5.2026.

⁵⁷ Diane Coyle, *Have we gone too far with British declinism*, *Financial Times*, 29.4.2026.

„**Ronen Steinke** hat ein wichtiges, kluges und zugleich überraschend unterhaltsames Buch geschrieben. Souverän führt er den Leser durch den Dschungel unzähliger Gerichtsurteile und Paragraphen“ lautet die Einschätzung von *Elisa Hoven* in der *Zeit*⁵⁸ über **Meinungsfreiheit. Wie Polizei und Justiz unser Grundrecht einschränken – und wie wir es verteidigen**.

„Der nüchterne Stil und die Informationsdichte des Buches, das nun in einer 3. aktualisierten und erweiterten Auflage vorliegt, verlangen dem Leser einiges ab. Aber angesichts der oft stark ideologiebeladenen familienpolitischen Debatten ist das ein Kontrast, der wohl tut“, konstatiert *Thomas Jansen* in der *FAZ*⁵⁹ über **Familienpolitik. Eine Einführung von Irene Gerlach**.

Die Macht der Moral von **Jonathan Haidt** sei „daher weit mehr als ein Sachbuch über Moralphysikologie. Es ist ein Plädoyer für intellektuelle Demut in einer Zeit moralischer Beserwisserei, das Pflichtlektüre für alle werden sollte, die an öffentlichen Debatten teilnehmen“, urteilt *Alexander Grau* im *Cicero*⁶⁰.

Philip Eppelsheim stellt in der *FAZ*⁶¹ den von **Uli Kulke** und **Reinhard Mohr** herausgegebenen Band **Wenn das Denken die Richtung ändert. Warum wir nicht mehr links sind** vor, in dem ein Dutzend Autoren, darunter ehemalige Achtundsechziger, versuchten zu erklären, warum sich ihre politische Einstellung geändert habe.

Bei dem von **Quinn Slobodian** und **Ben Tarnoff** vorgelegten „bemerkenswerte[n]“ Buch **Muskismus. Aufstieg und Herrschaft eines Technoking** handele es sich nicht um eine Biografie, sondern um eine „professionell recherchierte kritische Analyse der gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich überaus bedeutsamen Entwicklungen [...], die Elon Musk mit seiner Heerschar von Followern bereits angestoßen hat oder anzustoßen beabsichtigt“, urteilt *Robert Fietsen* in der *FAZ*⁶² und warnt: „Wer das Buch gelesen hat, kann sich ein Bild davon machen, was auf uns zukäme, wenn der Muskismus zum Mainstream werden sollte.“

„Die bisher beste Biographie beschreibt Leo XIV. als unabhängigen Geist“ konstatiert *Matthias Rüb* in der *FAZ*⁶³ über **Pope Leo XIV: The Biography** von **Elise Ann Allen**.

„Die in etwas stakkatohafter Sprache verfasste Studie – im Auftrag der Karajan-Stiftung – ist höchst informativ, nicht apologetisch, denn Wolffsohn, der Schwarz-Weiß-Denken meidet, blendet Karajans weniger günstige Eigenschaften und Verhaltensweisen keineswegs aus“ lautet die Einschätzung von *Eckhard Jesse* im *Cicero*⁶⁴ über **Genie und Gewissen** von **Michael Wolffsohn**.

Mit **Hildegard Hamm-Brücher. Eine Biographie** erinnere **Petra Weber** „an eine der wichtigsten Politikerinnen der Republik und vor allem daran, wie sehr sie an der FDP litt und wie sehr eine wie sie heute fehlt“ urteilt *Tanjev Schultz* in der *Süddeutschen Zeitung*⁶⁵.

Hans Christian Hoenes habe mit seinem Buch **Aby Warburg** „keine voyeuristische Abrechnung, sondern eine gründlich belegte und erfreulicherweise obendrein gut lesbare Gesamtdarstellung, in der auch Warburgs zerklüftetes Gedankengebäude kritisch gewürdigt“ werde, vorgelegt und zeige so den „Mann hinter dem Mythos“, merkt die *NZZ am Sonntag*⁶⁶ an.

⁵⁸ Elisa Hoven, Wie viel Hass ist rechtens?, *Die Zeit*, 7.5.2026.

⁵⁹ Thomas Jansen, Familienpolitik ohne Gedöns, *FAZ*, 12.5.2026.

⁶⁰ Alexander Grau, Erst kommt die Moral, *Cicero*, 24.4.2026.

⁶¹ Philip Eppelsheim, Warum sie nicht mehr links sind, *FAZ*, 12.5.2026.

⁶² Robert Fietsen, Die Gedankenwelt des Muskismus, *FAZ*, 4.5.2026.

⁶³ Matthias Rüb, Der Papst, der ein Freund sein will, *FAZ*, 5.5.2026.

⁶⁴ Eckhard Jesse, Karajans Karrieristentum, *Cicero*, 24.4.2026.

⁶⁵ Tanjev Schultz, Die aufrechte Liberale, *SZ*, 18.5.2026.

⁶⁶ Aby Warburg ohne Weihrauch, *NZZ am Sonntag*, 3.5.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)